

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einseitige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gae in Wildbad.

Nummer 134

Fernruf 179.

Wildbad, Montag, den 14. Juni 1920.

Fernruf 179.

54. Jahrgang

Die „wirklichen“ Kriegskosten.

Unter diesem Stichwort... Tagen, wie wir der „Köln. Ztg.“ entnehmen... vor dem Vanler's Institute Edgar Crammond einen Vortrag, dessen Inhalt sich allgemeiner Beachtung empfiehlt, da er einen Ueberblick der finanziellen Lage in den sämtlichen Kriegsländern gestattet. Freilich sind solche Zahlen, wie er sie geben konnte, sozusagen unverbindlich, allein einen gewissen Begriff von der allgemeinen Finanzlage geben sie immerhin. Crammond geht davon aus, daß der Nennwert der Kriegsschuld eines einzelnen Staates nicht notwendigerweise den Hauptbestandteil der wirklichen Kriegskosten bildet, da es sich bei inländischen Anleihen nur um die Uebertragung des Vermögens von einem Teile des Volkes auf den andern handelt.

Er beginnt seine Uebersicht mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und schätzt den Kapitalwert der Kriegsschulden auf 1300 Millionen Pfund Sterling (26 Milliarden Goldmark), die von der britischen Regierung im Ausland aufgenommenen Anleihen auf 1300, den Verkauf von britischen Anteilen an Kapitalanlagen im Ausland auf 1000, die Verluste an Schiffen und Ladungen sowie durch Versäumnis der Erneuerung an Eisenbahnen, Hafenanlagen, Maschinen, Werkstätten, Wohnhäusern und sonstigen Gebäuden auf 1600, zusammen also auf 5200 Millionen Pfund Sterling. Dem stellt er gegenüber: 1. die Anleihe und Auslösung neuer und die Instandsetzung alterer Werke, die in großer Zahl den neuentstandenen Anforderungen gerecht werden sollten; 2. die Kapitalanlagen im Ausland während des Kriegs in Gestalt von Darlehen an die Verbündeten und die Kolonien; 3. den Wert der von Deutschland bereits abgelieferten Vermögensstücke und den der gemäß dem Friedensvertrag übernommenen Gebiete. Diese Posten insgesamt zu rund 2000 Millionen Pfund Sterling angenommen, verbleibt ein Vermögensverlust durch den Krieg von 3200 bis 3500 Millionen. Zwar läßt sich nicht bestimmen, bis zu welchem Maß die Preise sich bessern werden, allein Crammond nimmt an, daß der tatsächliche Wert des Gelds in dem ganzen Vereinigten Königreich heute 40 v. H. weniger beträgt als 1914. Zudem er den Wert des Volkvermögens vor dem Krieg mit 16500 Millionen Pfund ansetzt, würde sich also nach dem heutigen Geldwert dieses Vermögen auf 27500 Millionen stellen oder nach Abzug des oben errechneten Reinerlusts auf 24000 Millionen. Demnach würden die tatsächlichen Kriegskosten für das Vereinigte Königreich einen Betrag ergeben, der 12,7 v. H. oder einem Achtel des Volkvermögens entspricht.

Was das Britische Reich mit samt den Kolonien angeht, das in weitem Maß in den Krieg einbezogen worden ist, so läßt sich die Schätzung des Volkvermögens und Volkseinkommens der einzelnen Gebiete, unter denen auch Ägypten erscheint, gegenwärtig im Vergleich zu 1910 in folgende Tabelle zusammenfassen, die Zahlen in Millionen Pfund:

	1919		1910	
	Volkvermög.	Volkseinkomm.	Volkvermög.	Volkseinkomm.
Vereinigtes Königreich	24 000	4 300	15 882	2 018
Kanada	5 000	750	2 072	259
Australien	2 900	450	1 312	164
Südafrikanischer Bund	1 200	200	600	75
Neuseeland	480	80	320	40
Indien	6 000	1 200	3 600	608
Ägypten	1 300	220		
Kronkolonien, Besitzungen und Schutzgebiete	3 200	450	1 200	170
Zus.	44 080	7650	24 986	3 332

Diese Zahlen, bemerkt Crammond, eignen sich streng genommen, nicht zum Vergleich, da in dem Geldhand namhafte Verschiebungen eingetreten sind, im übrigen die Verteilung in den einzelnen Reichsteilen nicht gleichmäßig war. Immerhin läßt sich behaupten, daß der Krieg das Reich als Ganzes wirtschaftlich in erheblichem Maße gestärkt hat und daß dessen künftige Entwicklung in einem günstigen Licht erscheint. (Das war ja für England auch der Zweck des Kriegs.)

* Die sämtlichen Zahlen in diesem Aufsatz beziehen sich einheitlich auf Millionen Pfund Sterling (1 Pfd. Sterling = 20 Schilling).

Die Regierungskrise.

Die Unabhängigen lehnen ab.

Wie bereits berichtet, hat Reichspräsident Ebert den Reichskanzler Hermann Müller beauftragt, sich mit der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, der zweitgrößten des Reichstags, wegen deren Beteiligung an der neu zu bildenden Regierung in Verbindung zu setzen. Auf ein diesbezügliches Schreiben Müllers hat jedoch der Abgeordnete Crippien namens der Partei der Unabhängigen die Aufforderung abgelehnt. Crippien erklärte, die Unabh. soz. Partei stehe auf dem Standpunkt des rücksichtslosen proletarischen Klassenkampfes mit dem Ziel der Beseitigung der kapitalistisch-militaristischen Klassenherrschaft. Sie erstrebe die Beseitigung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Alleinherrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus. Für die Unabh. soz. Partei komme nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit habe, den bestimmenden Einfluß ausübe und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bilde.

Das Berliner Blatt der Unabhängigen, die „Freiheit“, schreibt zu der Ablehnung, sie sei eine Selbstverständlichkeit. Müller habe der Partei der Unabhängigen das Unmögliche zugemutet, sich an einer Sammelregierung mit Bürgerlichen zu beteiligen und damit die Fortsetzung der gegenwärtigen Richtung zu ermöglichen. Die Partei habe aber erfahren, was die jetzt zusammengebrochene Koalition eines Teils der Arbeiterschaft mit dem Zentrum und den Demokraten bedeute.

Der sozialdemokratische „Vorwärts“ führt aus, die Unabhängigen gäuben auch jetzt noch, Deutschland ganz allein regieren zu können, obwohl am 6. Juni nur 4,8 Millionen Stimmen für sie und 20,4 Millionen gegen sie abgegeben worden sind. Das deutsche Volk werde jetzt die Regierung erhalten, die die Unabhängigen gewählt haben, nämlich die Führer, nicht die Wähler. Diese werden über den Erfolg ihrer Stimmenabgabe vor Erfahren auf den Rücken fallen. Die Unabhängigen hätten Bedingungen stellen können, die die Sozialdemokraten in ihrem Bestreben, das Steuer weiter links zu drehen, unterstützt hätten.

Die Bedingungen, die in der „Freiheit“ für den Eintritt in eine rein sozialistische Regierung ohne Bürgerliche veröffentlicht und die vom „Vorwärts“ als für die Sozialdemokratie annehmbar bezeichnet worden waren, sind folgende:

1. Entlassung und Auflösung aller gegenrevolutionären Verbände, Mannschafverbot aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft, politisch zuverlässige Führer.
2. Aufhebung des Ausnahmezustands, Freilassung aller verhafteten Revolutionskämpfer und ungesessene Amnestie.
3. Bestrafung aller an dem Kapp-Ansatz beteiligten Gegenrevolutionäre und der für das Hinmorden von revolutionären Kämpfern Verantwortlichen.
4. Durchführung der Sozialisierung, beginnend auf dem Gebiet des Bergbaus und der Kraftzeugung — Kohle, Wasserkraft und der Elektrizität —, Weiterführung der Sozialisierung der zusammengefaßten Eisen- und Stahlherzeugung, des Transport- und Verkehrswesens, sowie anderer hochentwickelter Industrien, umfassende Kommunalisierung.
5. Ueberführung des Großgrundbesitzes und der Großbetriebe in gesellschaftliches Eigentum. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Vereinfachung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaften zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen.
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung der künftigen Bevölkerung, höchste Verknüpfung des Lebensmittelwunders.
7. Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Anpassung der Löhne, Gehälter, Renten und Unterhaltungen an die Kosten der Lebenshaltung, wirksame Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.
8. Freundschaftlich-Verständnisvolle Beziehungen zu allen Völkern. Freundschaft mit Rußland, Erfüllung der sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Bedingungen.

Weitere Bemühungen.

Mit der Ablehnung der Unabhängigen ist der Auftrag des Reichskanzlers Müller erledigt. Berliner Blätter zufolge wird der Reichspräsident nunmehr voraussichtlich den Zentrumsführer Trimborn mit der Kabinettsbildung beauftragen. Dieser werde versuchen, aus Zentrum (67 Mandate), Sozialdemokratie (110), Föderalistische Partei (21) oder wenigstens deren einem Teil, der Bayerischen Volkspartei (12) und den Demokraten (45) die alte Koalition wieder herzustellen, die insgesamt 243 bzw. 234 Mandate hätte, also eine unbedingte Mehrheit von nur 25 bzw. 14 Mandaten. Würde auch dieser Versuch scheitern, so wird wahrscheinlich Dr. Stresemann oder Dr. Heinke (Deutsche Volkspartei mit 61 Mandaten) der Auftrag zufallen, doch wird eine Entscheidung wohl erst getroffen werden, nach-

dem die sozialdemokratische Parteikonferenz am 13. Juni Stellung genommen haben wird.

Der Parteivorstand der Bayerischen Volkspartei erklärte, die Bayerische Volkspartei könne sich an jeder Koalition beteiligen, der die Unabhängigen nicht angehören.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ ist der Ansicht, selbst wenn die Sozialdemokratie von der neuen Regierung sich fernhalten sollte, wären die bürgerlichen Parteien einschließlich der Demokraten stark genug, eine feste Koalition zu bilden, da sie von 461 Mandaten (die Gesamtzahl der Reichstagsabgeordneten hat sich nachträglich etwas geändert) 269 haben, also über eine Mehrheit von 77 Stimmen verfügen. Die „Tägl. Rundschau“ (Stresemann) dagegen sieht in dem etwaigen Ausschluß der Sozialdemokratie einen schweren Fehler. Wenn sie sich weigern würde, der Koalition beizutreten, so hätte sie die Verantwortung zu tragen.

Die Zentrumsfraktion ist auf Dienstag, den 15. Juni nach Berlin einberufen.

Voranschließlich wird der Reichstag am 24. Juni zusammentreten.

Neues vom Tage.

Heeres- und Marinestammer.

Berlin, 13. Juni. Reichswehrminister Gessler hat die Errichtung einer Heeres- und Marinestammer angeordnet, die dem Chef der Heeresleitung und dem Chef der Admiralität unterstellt werden und dem Reichswehrminister als beratende Behörde zur Seite stehen sollen.

Aus der Bremer Schifffahrt.

Bremen, 13. Juni. Vier Bremer Aktienreedereien, der Norddeutsche Lloyd, Hansa, Argo und Neptun, planen eine finanzielle Vereinigung zur Abwehr fremder Kapitaleindränge. Man denkt an einen Finanztrust, der von jeder der vier Gesellschaften bestimmte Posten Aktien in dauernden Besitz nimmt.

Abreise der internationalen Kommission aus Schleswig.

Flensburg, 13. Juni. Die internationale Kommission wird mit ihren Truppen in den nächsten Tagen abreisen. Ein großer Dampfer ist bereits auf der Höhe eingetroffen. Die deutschen Verwaltungsbehörden und das Militär werden sodann die zweite Zone wieder besetzen, die erste geht völlig an Dänemark über.

Amerikanische Fleischsendung.

Berlin, 13. Juni. Wie die „Post. Ztg.“ berichtet, hat das Handelsamt in Washington die deutsche Regierung benachrichtigt, daß mit amerikanischen Fleischausfuhrern ein Kredit von 45 Mill. Dollar (etwa 1800 Mill. Papiermark) vereinbart sei. Mit der Verschiffung des Fleisches könne sofort begonnen werden.

Zur Regierungskrise in Oesterreich.

Wien, 13. Juni. Der niederösterreichische Arbeiterrat sollte eine Entschließung, die sich gegen eine bürgerliche Regierung richtet und die Arbeiterschaft aufweist, im Falle einer solchen Regierungsbildung in den Generalkreis einzutreten.

Giolitti für Aufnahme der Mittelmächte in den Völkerbund.

Rom, 13. Juni. „Stampa“ meldet, daß Giolitti in seinen Verhandlungen mit den Parlamentariern zur Bildung des Kabinetts sich für die Einbeziehung der früheren Mittelmächte in den Völkerbund ausgesprochen habe.

Vom Völkerbund.

London, 13. Juni. Wahrscheinlich wird der Unterrichtsminister Fisher England bei der Sitzung des Völkerbundsrats am 14. Juni vertreten, wo über das Ersuchen Persiens betreffend die Besetzung Englands durch die Bolschewisten beraten werden soll. Der Vertreter Frankreichs wird Bourgeois sein. Es ist das erste Mal, daß der Völkerbund auf Grund Ersuchens eines Mitglieds zusammentritt, um als Friedensvermittler aufzutreten. Einer der beiden Parteien, Sowjet-Rußland, ist nicht Mitglied des Völkerbunds und die Bundesregierung sieht für diesen Fall vor, daß der betreffende Staat aufgefordert werden kann, für den vorliegenden Streitfall die einem Mitglied obliegenden Verpflichtungen zu übernehmen.

Krieg im Osten.

Kopenhagen, 13. Juni. Einem Telegramm aus

Aus der Heimat.

Wildbad, den 14. Juni 1920.

Sitzung des Gemeinderats am 3. Juni 1920. Anwesend Stadtschultheiß Vahner und 12 Gemeinderäte. (Fortf.) Der Vorsitzende bemerkt hierzu: das Finanzministerium übergehe die Tatsache, daß der Gemeinderat im Jahre 1870 und 1875 die Erhebung der Kurtag der Badverwaltung nur in stets widerruflicher Weise überlassen und sogar für den Fall der Zurücknahme der Kurtag an die Stadt im Beschluß vom 5. Mai 1875 nähere Bestimmungen getroffen habe. Die seitherige Mitwirkung der Stadt bei Erhebung der Kurtag werde ebenso völlig außer acht gelassen. Im Bericht der Bau- und Bergdirektion an das Finanzministerium vom 21. Mai 1920 werde verschwiegen, daß die Stadt bis 1905 die Nachlässe und Ermäßigungen der Kurtag an Kurtagbesitzer habe, daß Änderungen an der Kurtag bisher nur unter Mitwirkung und mit Zustimmung der Stadtgemeinde, so 1870, 1875, 1883 und 1910 erfolgt sind, daß die Stadt bezw. der Stadtvorstand bei der Festsetzung der Konzessionszeit der aus Kurtagmitteln bezahlten Kurtagbesitzer bis heute mitgewirkt hat, was als ein Ausfluß des Rechts der Stadt auf die Kurtag zweifellos anzusehen ist und daß der Badverwaltung die Erhebung der Kurtag ohne die von der Stadt mit der Kurtagbesitzer zu liefernden Unterlagen im bisherigen Umfang gar nicht möglich ist. Auf die Beschwerde des Gemeinderats über die rücksichtslose, in die jetzige Zeit nicht mehr passende Behandlung der Stadtgemeinde, des Gemeinderats, der Kurtagbesitzer und Kurtagbesitzer sei das Finanzministerium gar nicht eingegangen. Bei der sich einsetzenden Debatte wird auf die großen Schädigungen hingewiesen, welche durch die abnorme Erhebung der Kurtag und der Bäderpreise namentlich den kleinen Zimmervermietern zugefügt werde, deren Zimmer bis jetzt meistens leer stehen. Die großen Hotels seien wohl besucht, aber auch nicht in befriedigendem Maße. Den minder- und mittelbemittelten Kreisen sei jetzt der Besuch unserer Bäder unmöglich gemacht. Einige Gemeinderäte wünschen ein schärferes Vorgehen gegen die Badverwaltung. Gedacht wird auch, daß der Erlaß des Finanzministeriums im hiesigen Volksblatt und im Einzelnen veröffentlicht worden sei, ehe er bei der Stadtgemeinde eingetroffen war. Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß man derartige Unfreundlichkeiten nachgerade gewöhnt sei. So sei im neuesten Badprospekt der Badverwaltung die Stadtgemeinde völlig totgeschwiegen worden. In dem 36 Seiten großen Prospekt gebe es in Wildbad nur eine Behörde, nämlich die Badverwaltung. Die Stadt könne sich zwar mit den hiesigen Kurtagbesitzern, die auch totgeschwiegen seien. Im früheren Prospekt seien sie aufgeführt, im neuesten nur auf einem eingelezten Blättchen an unmerklicher Stelle. — Schließlich beschließt der Gemeinderat einstimmig, auf dem Recht zur Erhebung der Kurtag, deren Einzug der Badverwaltung nur in stets widerruflicher Weise überlassen wurde, zu beharren, die Kurtag auf dem Rechtsweg zum Austrag zu bringen und die Rechtsanwälte Hausmann und Heusel in Stuttgart mit Einlegung der Rechtsbeschwerden an den Verwaltungsgerichtshof bezw. der Verwaltungsgerichtsloge an die Kreisregierung in Neutlingen als Verwaltungsgerichts 1. Instanz zu beauftragen. Um eine weitere Schädigung der Badstadt und der hiesigen Zimmervermieter möglichst zu verhindern, wird zugleich angeordnet, daß bis zur Entscheidung des Rechtsstreits die Mitwirkung der Stadt bei Erhebung der Kurtag einzustellen und dies der Badverwaltung mit dem Anfügen mitzuteilen sei, daß bis dahin eine öffentlich rechtliche Verpflichtung der Kurtagbesitzer zur Bezahlung der Kurtag nicht mehr bestehe und daß insbesondere alle Kurtagbesitzer von der Bezahlung der Kurtag völlig befreit seien. Der Vorsitzende bemerkt noch, daß wenn der öffentlich rechtliche Charakter der hiesigen Kurtag, wie das Finanzministerium behauptet, beseitigt sei, dann die Schranke für die Entwicklung Wildbads als Kurtagort falle. Seien die Kurtagbesitzer künftig von der Kurtag befreit, so sei zu hoffen, daß der Zugang Kurtagbesitzer wieder einse. Auch ein Teil der über Kurtagbesitzer könne unter den von der Badverwaltung jetzt geschaffenen Zuständen zur Kurtag

nicht ohne Weiteres herangezogen werden. Eine Verpflichtung der Gasthofbesitzer und der Zimmervermieter zur Mitwirkung beim Einzug der Kurtag, zur Abrechnung der Fremden bei der Badverwaltung oder auch nur zur Auskunftserteilung an diese über Anfuhr und Abreise der Gäste bestehe nicht. Sie seien nur, wie bisher, zur polizeilichen Anmeldung beim Stadtschultheißenamt verpflichtet. Was die Frage der Erhöhung der Badgebühren für die Wildbader Bürger anbelangt, so beschließt der Gemeinderat, die Vertreter der Stadtgemeinde Rechtsanwälte Hausmann und Heusel zu ermächtigen, die Klage auf Wiederherstellung des freien Badrechts der Wildbader Bürger im ordentlichen Rechtsweg sofort einzureichen. Zum Schluß werden noch versch. kleinere Gegenstände erledigt.

Unfälle. Am Samstag Nachmittag wurde der in Cannstatt dienende Sohn des Wilhelm Simon von einem Langholzfuhrwerk in Münster bei Cannstatt überfahren und trug dabei tödliche Verletzungen davon. — Am Sonntag Nachmittag drohte in der Wohnung des Schreinermeister Plau hier ein Zimmerbrand auszubrechen, doch konnte er noch bevor größerer Schaden entstand gelöscht werden.

Spielplan des Landescurtheaters vom 14.—19. Juni.

Montag, 14. Juni	Niobe
Dienstag, 15. Juni	Fünf Frankfurter
Mittwoch, 16. Juni	Schwarzwalddübel
Donnerstag, 17. Juni	Rose von Stambul
Freitag, 18. Juni	Frühlingsluft
Samstag, 19. Juni	Verlorene Tochter.

Lezte Nachrichten.

Hassel schwer erkrankt.
Rom, 13. Juni. Der Nachfolger des vor kurzem verstorbenen deutschen Geschäftsträgers in Rom v. Dersf., der neu ernannte Legationsrat v. Hassel, ist ebenfalls schwer erkrankt.

Berlin, 13. Juni. Der Anschluß Koburgs an Bayern wird am 1. Juli vollzogen werden. — Im Zwidau-Lugau-Deiniker Kohlengbiet ist eine sehr erhebliche Abnahme der Kohlenförderung zu verzeichnen. Die Betriebsräte haben sich mit der Wiedereinführung der acht Stunden Arbeit vereinbart.

Berlin, 13. Juni. Gestern haben die in Berlin ausständigen Friseur- und Barbiergehilfen die Arbeit wieder aufgenommen.

Wieder die Franzosen.
Gleiwitz, 13. Juni. Als sich gestern vormittag hier mehrere Gymnasialisten lächelnd über die auffällige Uniform eines schottischen Soldaten unterhielten, riefen, dem „Oberchlefischen Bänderer“ zufolge, französische Soldaten mit Seitengewehren auf die Schüler ein, von denen drei schwer verletzt wurden. Die Erregung der Bevölkerung ist ungeheuer.

Geiselmordprozess.
München, 13. Juni. Im dritten Geiselmordprozess wurde der Angeklagte Josef Walleshaner wegen fortgesetzten Verbrechens des Mordes zum Tode und Abertennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer, der zweite Angeklagte Rottler von der Anklage wegen Mordes freigesprochen, dagegen wegen Diebstahls zum Hochverrat zu 7 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Italiener auf dem Rückzug.
Rom, 13. Juni. (Stefani.) Wie dem „Tempo“ aus Valona berichtet wird, ziehen sich die italienischen Truppen an, das montenegrinische Gebiet zu räumen. Sie haben Antivari und Dubrigno bereits verlassen. Ueber das Schicksal der Besatzung von Skutari ist man noch im Unwissen.

Wood Präsidentschaftskandidat.
Chicago, 13. Juni. Der Konvent der republikanischen Partei hat den General Wood, während des Kriegs Stabschef des amerikanischen Heers, als Kandidaten für die Präsidentschaft aufgestellt.

Wie die „Puls“ „Times“ melden, umfasst das Wahlprogramm des republikanischen Konvents außer der Mißbilligung des Bestimmungen des Völkerbündungsvertrags u. a. noch folgende Punkt: Freie Fahrt für amerikanische Schiffe durch den Panama-Kanal, Ausfuhrverbot für amerikanische Kohle nach Kanada, falls dieses Land nicht seine eigene Kohle abzubauen, Schutz der amerikanischen Interessen in Mexiko unter gleichzeitiger Verurteilung von Wilsons mexikanischer Politik. Die Ueberrahme des armenischen Mandats wird für unerwünscht erklärt. Den Demokraten wird vorgeworfen, sie haben weder für den Krieg noch für den Frieden Vorbereitungen getroffen. Wilson wird des selbstherrlicher Auftretens beschuldigt und seine Amtsführung beurteilt.

Die argentinische Getreidenausfuhr.

Buenos Aires, 13. Juni. Die Kammer besteht darauf, daß der Ausfuhrzoll für Getreide auf 40 und für Mehl auf 50 Dollar angelegt wird. — Die diplomatischen Vertreter Englands, Italiens und Frankreichs sind beim Minister des Innern vorstellig geworden, damit die durch die Verbündeten vor dem Ausfuhrverbot gekauften Lebensmittel zu annehmbaren Bedingungen ausgeführt werden können.

Hairo, 13. Juni. (Havas.) Auf den Ministerpräsidenten Reffim Pascha wurde ein Bombenattentat verübt; er blieb unverfehrt, dagegen wurden 3 andere Personen verletzt.

— Die badischen Zigarrenfabriken sind, wie die „Bad. Post“ berichtet, am Ende ihrer Annuhmejahigkeit in Nohtabaten angekommen. Ihre Läger sind überfüllt. Es könnten Rauchwarenfabrikate in Menge hergestellt werden, wenn es nicht an Aufträgen fehlen würde. Die Konsumenten halten, wie in allen anderen Artikeln, so auch hier, mit dem Kauf zurück. Mannheim Zigarrenhandlungen haben ihre Verkaufspreise schon bis zu 40 Prozent ermäßigt, um den Absatz wieder zu beleben.

Wiblingen, 12. Juni. (Zeitgemäß.) Die in hiesiger Kaserne einquartierte badische Feldkolonne wird nach Söllingen verlegt in die frühere Ulanengarnison. Während in einem hiesigen Gasthof eine Abschiedsfeier veranstaltet wurde, sind der Kolonne zwei wertvolle Pferde gestohlen worden.

Die Bedingungen der Deutschen Volkspartei.
Berlin, 12. Juni. Die führenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei (Nationalliberale) traten heute zusammen, um die Bedingungen der Deutschen Volkspartei für eine Teilnahme an der Regierungskoalition festzusetzen. Die Deutsche Volkspartei fordert: Entpolitisierung des Auswärtigen Amtes, und des Reichswirtschaftsministeriums, Stärkung der Rechte des Reichswirtschaftsrats, Aufhebung der Amtsbesetzung nach der Parteizugehörigkeit und Beschränkung der politischen Beamteneinstellung auf jene Verwaltungsfelder, die als unmittelbar politisch anzusehen sind. In den Parteikreisen wird erklärt, daß die Fraktion für keinen von ihren eigenen führenden Politikern eine Ministerstelle fordere, was nicht ansichselbe, daß sie Minister aus der Fraktion stelle, wenn es verlangt werden sollte und daß sie gegen Hermann Müller als Reichskanzler oder Minister des Auswärtigen unbedingten Widerstand leisten würde.

Einberufung des Reichswirtschaftsrats.
Berlin, 12. Juni. Die Einberufung des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ist, der „Voss. Btg.“ zufolge, zum 30. Juni beschlossene worden.

Amsterdam, 12. Juni. Der Pariser Korrespondent der „Times“ meldet: Die Vorkonferenz hat den König von Belgien ersucht, als Schiedsrichter in der Teschneren Frage (der Streitfrage zwischen Polen und Tschechen) aufzutreten.

Brotkarten-Abgabe.

Die Abgabe der Brot-, Zucker- und Butterkarten erfolgt am
Dienstag, den 15. Juni,
vormittags von 8—12 und nachmittags von 2—6 Uhr.
Lebensmittelamt.

Wegen Umzug
bleibt mein Geschäft vom 15.—24. Juni
geschlossen.
Frau Trinkner.

Geschäfts-Empfehlung.
Bringe den titl. Hotels sowie der verehrlichen
Einwohnerschaft von Wildbad meine

**Limonade- u.
Mineralwasser- sowie
Gemüsehandlung**

in empfehlende Erinnerung
Wilhelm Eitel,
Straußenberg Nr. 48.

Hohe Belohnung

Am Sonnabend, den 13. Juni zwischen 12 und 12½ Uhr wurde am Sprunghügel eine **schwarze Fuffianleder-Briefftasche** verloren. Der **Funder, welcher gesehen worden ist, wolle dieselbe gegen hohe Belohnung beim Fundamt oder Portier des Quellenlofs abgeben.**

Hamburg-Brasilien,
mit früheren deutschen Dampfern.
**Abfahrt von Hamburg
Mitte und Ende Juli.**
Die Dampfer führen nur 1. Klasse.
Billette u. Auskünfte durch die
Vertreter für Wildbad
Chr. Schmid u. Sohn,
Agenturen, Tabakfabrikate en gros.

Freundliche
Wohnung
4 Zimmer und Zubehör zu
vermieten. Näheres Exped.
ds. Blattes.

Ein Paar
**Gummi-
Wasserstiefel**
hat zu verkaufen
S. Chiregato.
Südfrüchtenhandlung.

Pension
mit Mittagstisch **sucht Ehe-**
paar für 3 Wochen in Wild-
bad oder Umgebung. An-
gebote an Robert Schüller,
Magdeburg, Gärtnerstr. 11.

Wildbad.
**Beleuchtungs-
körper,
Glühlampen,
Taschenlampen
mit Akkumulator
Elektr. Bügel- u.
Koch-Apparate,
Glühlplatten,
Heiz-Kissen**
und sonstige Schwach-
strom - Artikel alles
prima Ware zum größ-
ten Teil Friedens-Ware
empfiehlt
697
Carl Hartmann
elektr. Installation
u. mech. Werkstatt

Verkaufe meinen
Grasertrag
von 45 Ar.
Karl Bott b. d. Lindo.

Gebr. Gasherd
gebrauchter
Hausbäckofen
2 neue Herde
hat preiswert zu verkaufen.
Ofensetzer Hammer.

2 Schlüssel
Sonntag Abend in der Haupt-
straße verloren. Um Abgabe
in der Exped. ds. Bl. wird
gebeten.

Landes-Kur-Theater
Wildbad
Direktion Steng & Krauß.
Montag, 14. Juni
NIOBE
Schwanf in 3 Akten von
Oskar Blumenthal.

